Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10753

20. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

a) zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/9600 –

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung
Kyoto – Erfolg und weitere Verpflichtung im weltweiten Klimaschutz

b) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/8969 –

Klimagipfel in Kyoto: Ein neuer Anlauf zum Schutz des Klimas

c) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/9602 –

Die Ergebnisse der Klimakonferenz in Kyoto weiterentwickeln und notwendige Maßnahmen durchsetzen

d) zu dem Antrag der Abgeordneten Michaele Hustedt, Gila Altmann (Aurich), Franziska Eichstädt-Bohlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/9411 –

Konsequenzen aus den Ergebnissen der Klimakonferenz in Kyoto für die deutsche und europäische Umweltpolitik

A. Problem

Im Dezember 1997 haben in Kyoto (Japan) Vertreter von 160 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention ein Klimaprotokoll verabschiedet, daß die Industrieländer erstmals in rechtsverbindlicher Form zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichtet.

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/8996, der vor Beginn der Konferenz gestellt wurde, enthält u. a. eine Reihe von Maßgaben für die Verhandlungsführung der Bundesregierung bei dieser Konferenz.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600 sowie die Anträge auf den Drucksachen 13/9602 und 13/9411 kommen zu einer unterschiedlichen Bewertung der Konferenzergebnisse von Kyoto und der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Während im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/9600 begrüßt wird, daß es in Kyoto gelungen sei, das Klimaprotokoll zu verabschieden und die Bundesregierung aufgefordert wird, die Maßnahmen ihres nationalen Klimaschutzprogramms konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln, halten der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/9602 und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/9411 die in Kyoto erzielten Ergebnisse aus der Sicht des Klimaschutzes für unzureichend. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine Reihe von näher spezifizierten, über die bisherigen Beschlüsse hinausgehenden Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen.

B. Lösung

Annahme des Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei gleichzeitiger Ablehnung der Anträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Mehrheitsentscheidung

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600 erhalte die Bundesregierung die gebotene parlamentarische Unterstützung zur Fortführung ihrer erfolgreichen Maßnahmen zum Klimaschutz auf nationaler und internationaler Ebene.

C. Alternativen

Annahme eines der Anträge der Fraktionen SPD bzw. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 13/8969 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 13/9602 abzulehnen,
4. den Antrag auf Drucksache 13/9411 abzulehnen.

Bonn, den 29. April 1998

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Jürgen Rochlitz
Stellv. Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein
Berichterstatterin

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Liesel Hartenstein, Michaele Hustedt und Birgit Homburger

I.

Der **Antrag auf Drucksache 13/8969** wurde in der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600** wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der **Antrag auf Drucksache 13/9602** wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

In der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages erfolgte nachträglich die Überweisung dieses Antrags zusätzlich an den Finanzausschuß zur Mitberatung.

Der **Antrag auf Drucksache 13/9411** wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau überwiesen.

In der 216. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Februar 1998 wurde dieser Antrag nachträglich zusätzlich dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben zu den Vorlagen wie folgt votiert:

	Drucksache 13/9600	Drucksache 13/8969	Drucksache 13/9602	Drucksache 13/9411
Auswärtiger Ausschuß	Annahme CDU/CSU: + F.D.P.: + SPD: + BÜ90: 0 PDS: a			
Finanzausschuß		Verzicht auf Mitberatungsvotum	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: 0 BÜ90: + PDS: +
Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: a		

	Drucksache 13/9600	Drucksache 13/8969	Drucksache 13/9602	Drucksache 13/9411
Ausschuß für Wirtschaft	Annahme CDU/CSU: + F.D.P.: + SPD: – BÜ90: a PDS: –	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: a PDS: 0	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: a PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: – BÜ90: a PDS: +
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: 0 PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: +
Ausschuß für Verkehr		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: a PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: a PDS: +	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: 0 BÜ90: a PDS: +
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Annahme CDU/CSU: + F.D.P.: + SPD: – BÜ90: – PDS: –	Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: +		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: 0 BÜ90: + PDS: +
Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: –		
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Annahme CDU/CSU: + F.D.P.: + SPD: – BÜ90: – PDS: –		Ablehnung CDU/CSU: – F.D.P.: – SPD: + BÜ90: + PDS: +	

Legende: +: Zustimmung; –: Ablehnung; 0: Enthaltung; a: Abwesenheit

II.

Im Dezember 1997 haben in Kyoto Vertreter von 160 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention ein Klimaprotokoll verabschiedet, daß die Industrieländer erstmals in rechtsverbindlicher Form zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichtet.

Der Antrag auf Drucksache 13/8996, der vor Beginn der Konferenz gestellt wurde, enthält u. a. eine Reihe von Maßgaben für die Verhandlungsführung der Bundesregierung bei dieser Konferenz.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600 sowie die Anträge auf den Drucksachen 13/9602 und 13/9411 kommen zu einer unterschiedlichen Bewertung der Konferenzergebnisse von Kyoto und der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Während im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/9600 begrüßt wird, daß

es in Kyoto gelungen sei, das Klimaprotokoll zu verabschieden, und die Bundesregierung aufgefordert wird, die Maßnahmen ihres nationalen Klimaschutzprogramms konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln, halten der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/9602 und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/9411 die in Kyoto erzielten Ergebnisse aus der Sicht des Klimaschutzes für unzureichend. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine Reihe von näher spezifizierten, über die bisherigen Beschlüsse hinausgehenden Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen.

III.

Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat alle Vorlagen gemeinsam in seiner Sitzung am 29. April 1998 beraten.

Von seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde festgestellt, auf der Konferenz in Kyoto im Dezember letzten Jahres sei nach überaus schwierigen und langwierigen Verhandlungen einstimmig ein Klimaprotokoll verabschiedet worden, das die Industrieländer erstmals in rechtsverbindlicher Form zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichte. Diese Trendwende betrachte man als Erfolg. Allerdings sei noch nicht sicher, ob alle Länder, die in Kyoto zugestimmt hätten, dieses Abkommen ratifizieren würden. Zudem müsse bei der Einführung der sog. Flexibilisierungsinstrumente sehr darauf geachtet werden, daß nicht Schlupflöcher entstünden, die die Reduktionsverpflichtungen inhaltlich rückgängig machten. So müsse z.B. festgelegt werden, unter welchen Bedingungen Aufforstungen als CO_2-Senken anerkannt würden, damit nicht kurz vorher vorgenommene Abholzungen belohnt würden. Auch im Hinblick auf den Boden müsse es Vereinbarungen geben, da er einen wesentlichen Faktor bei der CO_2-Freisetzung darstelle. Darüber hinaus müßten Vereinbarungen über das „Trading" getroffen werden. Es dürfe beispielsweise nicht sein, daß sich ein Staat allein durch Zukauf entsprechender Emissionskontingente von seinen Reduktionsverpflichtungen freikaufe. Man begrüße, daß sich die Bundesregierung deutlich zum Reduktionsziel im eigenen Land bekannt habe. Deutschland werde sich an der Emissionsreduktionsverpflichtung der Europäischen Union sicher mit der Hauptlast beteiligen. Es sei jedoch wichtig, daß andere europäische Länder intensive Anstrengungen unternähmen, um von denen ihnen zwar zugestandenen, aber zu hohen Emissionssteigerungsraten herunterzukommen.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde ausgeführt, auf die Konferenz von Kyoto seien große Hoffnungen gesetzt worden. Die Verabschiedung eines Klimaprotokolls, das die Industrieländer unter Angabe bestimmter Prozentsätze zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichte, sei angesichts der Ausgangssituation als Fortschritt zu bezeichnen. Die Vereinbarung bleibe allerdings weiter hinter dem Notwendigen zurück. Zu kritisieren sei insbesondere, daß auch einigen Industrieländern wie z.B. Australien Zuwächse bei den CO_2-Emissionen erlaubt würden. Es sei wichtig, daß man gemeinsam darauf dringe, daß die EU bei ihrem vergleichsweise ehrgeizigen Reduktionsziel von 15 % bleibe, das sie vor Kyoto beschlossen habe, obwohl dort nur 8 % im Protokoll enthalten seien. Auch das nationale Ziel, die CO_2-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 % zu verringern, müsse auf jeden Fall erhalten bleiben. Darüber hinaus müsse man sich in Vorbereitung auf die Konferenz in Buenos Aires intensiv mit der Ausgestaltung der dort zu vereinbarenden Instrumente wie „Joint implementation" beschäftigen. Es dürfe nicht dazu kommen, daß diese Instrumente denjenigen Ländern Ausweichmöglichkeiten verschafften, die im eigenen Lande keine Reduktionsmaßnahmen durchführen wollten.

Die wichtigsten eigenen Forderungen zum Klimaschutz habe die Fraktion der SPD bereits vor der Konferenz im Antrag auf Drucksache 13/8969 zusammengefaßt. Im Antrag auf Drucksache 13/9602 habe man dies in einzelnen Punkten nochmals konkretisiert. Darin fordere man u. a. ein europäisches Klimaschutzprogramm, in dem viel breiter, als das jetzt der Fall sei, die Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeinsparmaßnahmen vorangebracht werde, die Einführung einer europaweiten Energiesteuer und anderes mehr. Die Entwicklungsländer müßten durch Technologietransfer und andere Hilfen beim Aufbau einer neuen dezentralen und umweltfreundlichen Energieversorgung unterstützt werden.

Im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/9600 fehle der Hinweis, daß man an dem europäisch vereinbarten Reduktionsziel einer Minderung der CO_2-Emissionen um 15 % festhalte. Aus dem Antrag ließen sich zudem keine konkreten Forderungen ableiten. Von daher lehne man diesen Antrag ab.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dargelegt, Deutschland habe bei der Konferenz in Kyoto eine konstruktive Rolle gespielt, vor dem Hintergrund der Begrenzung des Treibhauseffektes müßten die Ergebnisse der Konferenz aber als enttäuschend angesehen werden. Die durchschnittliche Emissionsminderung von 5,2 % bis zum Jahre 2012 auf der Basis des Jahres 1990 reiche nicht aus, um den Treibhauseffekt in dem Maße zu begrenzen, wie das notwendig sei. Für die beschlossene Differenzierung bei der Emissionsminderung der Industrieländer gebe es keine inhaltlichen Gründe. Insbesondere die Rußland eingeräumte Möglichkeit, die gleiche CO_2-Emissionsmenge wie vor der Deindustrialisierung in Anspruch zu nehmen, eröffne die Möglichkeit für viele Länder, sich von ihren Verpflichtungen freizukaufen. Kritisch sei auch die Entwicklung zu sehen, daß sich viele Entwicklungsländer angesichts der Tatsache, daß sich die Industrieländer bei diesem Prozeß nicht engagiert hätten und bei ihnen selbst die erhoffte Entwicklung ausgeblieben sei, nun vom Klimaschutzprozeß abwendeten und sich mehr in Richtung WTO, für die der freie Welthandel allererste Präferenz habe, orientierten. Diesem Prozeß müsse unbedingt entgegengesteuert werden. Am Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. kritisiere man, daß dort zwar festgestellt werde, man bleibe beim CO_2-Emissionsminderungs-

ziel vom 25%, aber in keiner Weise gesagt werde, wie dies erreicht werden solle.

Über die Selbstverpflichtungserklärungen der Wirtschaft allein gehe dies nicht, da der Verbraucher damit nicht herausgefordert werde.

Von seiten der Gruppe der PDS wurde vorgetragen, angesichts der von vielen Ländern im Vorfeld der Konferenz öffentlich eingenommenen Positionen sei das Konferenzergebnis von Kyoto als Erfolg zu beurteilen. Es bleibe allerdings hinter den ökologischen Notwendigkeiten zurück. Dieser Erfolg werde allerdings dann zunichte gemacht, wenn die genannten Schlupflöcher nicht geschlossen würden. Insbesondere müsse aber auch das Ziel, das man sich im eigenen Lande gesteckt habe, erreicht werden. Dem Ziel, die CO_2-Emissionen um 25% zu verringern, sei man aber in den letzten vier Jahren um keinen Schritt näher gekommen. Hierfür sei die Politik der Bundesregierung verantwortlich.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/9411 abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/8969 abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/9602 abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/9600 anzunehmen.

Bonn, den 20. Mai 1998

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)	**Dr. Liesel Hartenstein**	**Michaele Hustedt**	**Birgit Homburger**
Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333